

## Abstract

**Titel des Vortrags:** Das Public Affairs-Management antagonistischer Interessengruppen - Ein Vergleich am Beispiel des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

**Gruppe:** Kimberly S.  
Rosh Marius S.  
Justus W.

**Betreuer:** Prof. Dr. Gerhard Vowe

Nach langer und kontroverser Diskussion über eine gesetzlich verankerte Quotenregelung für den Arbeitsmarkt reagierte der Bund schließlich und verabschiedete das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, das am 01. Mai 2015 in Kraft trat. Ziel des Gesetzes ist es, den Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft und der Bundesverwaltung signifikant zu erhöhen.

Der Gesetzgebungsprozess, der ebenfalls den Untersuchungszeitraum darstellt, begann im September 2014 und endete im April 2015. Interessengruppen positionierten sich durch öffentliche Stellungnahmen und versuchten durch weitere Kommunikationsmaßnahmen den politischen Prozess strategisch zu beeinflussen. Diese Instrumente und Mittel werden unter dem Begriff Public Affairs-Management zusammengefasst und beinhalten öffentliche und nicht öffentliche Elemente. Herauszufinden, wie das konkrete Public Affairs-Management von zwei (in Bezug auf das Gesetz) antagonistischen Akteuren in seiner Gesamtheit ausgestaltet war und inwieweit diese dadurch in der Lage waren, unterschiedlich stark politischen Einfluss zu nehmen, ist das Ziel der Forschungsarbeit.

Wesentlicher Bestandteil des theoretischen Rahmens der Forschungsarbeit ist eine eindeutige Differenzierung und begriffliche Bestimmung des Public Affairs-Managements. Die Kausalbeziehung zwischen der Ausgestaltung des Public Affairs-Managements und dem politischen Einfluss auf das Gesetz wird anhand eines Mehrmethodendesigns (EAC-Methode nach Arts und Verschuren, 1999) operationalisiert. Die Selbstwahrnehmung (Ego-Perception) verbandlicher Vertreter sowie die Fremdwahrnehmung (Alter-Perception) eines

außenstehenden Experten werden erhoben durch Experteninterviews. Ein Kausalzusammenhang (Causal Analysis) wird durch die Untersuchung der Medienlandschaft (Medienresonanzanalyse) sowie relevanter Dokumente (Dokumentenanalyse) hergestellt. Die erhobenen Daten werden ausgewertet anhand einer Formel zur Messung des politischen Einflusses auf ein Gesetz sowie durch einen additiven Index zur Berechnung des Ausgestaltungsgrades des Public Affairs-Managements.

Die der Arbeit zugrundeliegende Forschungsfrage konnte hinreichend beantwortet werden. Bei den untersuchten Interessengruppen wurde ein unterschiedlicher Ausprägungsgrad des Public Affairs-Managements festgestellt. Die Akteure übten durch ihre Public Affairs-Aktivitäten unterschiedlich starken Einfluss auf das Gesetz aus. Die Dokumentenanalyse offenbarte eine variierende Anzahl an formulierten Forderungen seitens der Verbände während des Gesetzgebungsprozesses. Lediglich bei der Untersuchung der Medienberichterstattung konnten keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Verbänden gemessen werden.